

Socio-Legal Newsletter Nr. 25 – Oktober 2017

der
Vereinigung für Recht und Gesellschaft e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie den Socio-Legal Newsletter Nr. 25 mit einer Reihe interessanter Neuigkeiten und Informationen. Bitte beachten Sie insbesondere bereits jetzt, dass im Rahmen des Kongresses der deutschsprachigen Rechtssoziologievereinigungen in Basel vom 13.-15. September 2018 eine Mitgliederversammlung der Vereinigung für Recht und Gesellschaft stattfinden wird.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Calliess', with a stylized flourish at the end.

Ihr Graf-Peter Calliess

Inhalt

Preis für Recht und Gesellschaft 2017	2
SVRSP Rousseau Lectures	3
Legitimation durch Verfahren. Rezeption, Kritik und Anschlüsse	4
Medien - Kriminalität – Kriminalpolitik	5
Save the Date: Abschaffung des Rechts?	6

Preis für Recht und Gesellschaft 2017 geht an Dan Wielsch

Die Vereinigung für Recht und Gesellschaft e.V. vergibt im Zusammenwirken mit der Christa-Hoffmann-Riem-Stiftung seit 1998 den „Preis für Recht und Gesellschaft“, mit welchem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgezeichnet werden, die sich durch Ihr Werk um die Forschung an den interdisziplinären Grenzbereichen des Rechts besonders verdient gemacht haben. Der Preis würdigt die Einbindung interdisziplinärer Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, in die Rechtswissenschaften, was etwa durch einen gelungenen Brückenschlag zur Rechtsdogmatik oder zu den Methoden der Rechtsanwendung oder durch konkrete rechtspolitische Vorschläge für rechtliche Instrumente, Verfahren, etc. zum Ausdruck kommen kann.

Aufgrund der diesjährigen Ausschreibung des Preises hat die aus Vertretern der Vereinigung und der Stiftung zusammengesetzte Auswahlkommission Herrn Professor Dr. Dan Wielsch, LL.M. (Berkeley) von der Universität zu Köln einstimmig zum Preisträger bestimmt. Wielsch hat neben dem Studium der Rechtswissenschaft auch Philosophie studiert und die Integration von sozialtheoretischen und rechts-dogmatischen Analysen in seinem wissenschaftlichen Werk vorbildhaft vorangetrieben. In seinen Arbeiten zum Privat- und Wirtschaftsrecht finden sich in den letzten Jahren zahlreiche Veröffentlichungen zum Recht in pluralen gesellschaftlichen Kontexten, etwa zur Vergesellschaftung rechtlicher Grundbegriffe am Beispiel des (geistigen) Eigentums sowie zur Funktion von Grundrechten im Privatrecht. Die Vielfältigkeit, der Anspruch und die dogmatische Relevanz seiner interdisziplinären Forschung sind beeindruckend.

Dies gilt schon für seine Dissertationsschrift zu „Freiheit und Funktion“ (2001), in der er anhand der Entwicklung des Wirtschaftsrechts und der Methode funktionaler Interpretation im 19. und 20. Jahrhundert untersucht, wie das autonome Recht seine soziale Umwelt intern rekonstruiert und reflexiv gestaltet. In seiner viel zitierten Habilitationsschrift zu „Zugangsregeln. Die Rechtsverfassung der Wissensteilung“ (2008) durchdenkt er die Grundlagen des Immaterialgüterrechts neu und greift dabei souverän auf ökonomische Analyse, Wettbewerbsmodelle, Systemtheorie und Medientheorie zurück. Wielsch zeigt, dass die utilitaristischen, naturrechtlichen oder positivistisch-verfassungsrechtlichen Konzepte von Schutzrechten nicht verarbeiten können, welche Wirkung die Konzentration der medialen Nutzungsbefugnis beim Urheber auf die effektive Wahrnehmbarkeit von künstlerischen, wissenschaftlichen oder anderen Freiheiten hat – und damit auf die entsprechende soziale Praxis, in der die geschützten Werke gerade entstehen. Seinen Ansatz zur rechtlichen Verfassung von autonomen sozialen Ordnungen hat Wielsch in thematisch breit gefächerten Fallstudien vertieft und weiterentwickelt. Darüber hinaus ist er Initiator des innovativen Diskussionsforums „Future Concepts of Law“ sowie Mitbegründer des transnationalen Forschungsnetzwerks „Private Law Theory“.

Gralf-Peter Calliess

SVRSP Rousseau Lectures

Prof. John Mikhail (Georgetown University Law Center, Washington D.C.):

“The Sense of Justice, Private Interest, and Public Duty in the Age of Trump”

Vorlesung Teil I: 15.11.17, 18 Uhr, Aula (KOL-G-201), Universität Zürich

Vorlesung Teil II: 16.11.17, 18 Uhr, Aula (KOL-G-201), Universität Zürich

Seminar: 17.11.17, 16 Uhr, Universität Zürich (auf Anmeldung)

Die Schweizerische Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie und die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich freuen sich, Sie zur erstmaligen Durchführung der **SVRSP Rousseau Lectures** einzuladen. Mit dieser Vorlesungsreihe soll ein Beitrag zur gesellschaftlichen Verständigung über Grundfragen von Recht, Staat, internationaler Ordnung und Gerechtigkeit geleistet werden. In Zeiten weitgehender politischer Verwerfungen in demokratischen Verfassungsstaaten und einer tiefen Krise der internationalen Rechts- und Friedensordnung ist es wichtig, sich der Grundlagen von Rechtsordnungen zu vergewissern, um sie gegen offene Feinde oder Gleichgültigkeit verteidigen zu können.

Prof. John Mikhail (Georgetown University, Washington D.C.) wird in einer zweiteiligen Gastvorlesung zum Thema «**The Sense of Justice, Private Interest, and Public Duty in the Age of Trump**» auf solche fundamentale Fragen eingehen und sie in der Gegenwartsdiskussion der Rechtsphilosophie einordnen. Er wird dabei ideengeschichtliche Akzente setzen und gleichzeitig substantielle Fragen der Gegenwart aufgreifen.

Die Vorlesung findet an den Abenden des **15. und 16. November 2017** in der Aula der **Universität Zürich** statt (jeweils 18 Uhr, öffentlich). Sie wird von namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens kommentiert: Prof. Monika Betzler (LMU München), Prof. Francis Cheneval (Universität Zürich), Dr. Dr. h.c. Gret Haller (alt Nationalrätin, Publizistin), Dr. Anne Kühler (Universität Zürich), Prof. Lutz Wingert (ETH Zürich) und Prof. Simone Zurbuchen Pittlik (Universität Lausanne). Am 17. November werden die Ausführungen im Rahmen eines Seminars wissenschaftlich vertieft (auf Anmeldung). Genaue Angaben entnehmen Sie gerne dem Programm auf <http://www.rwi.uzh.ch/de/lehreforschung/alphabetisch/mahlmann/veranstaltungen.html>

Die SVRSP Rousseau Lectures werden zukünftig alle ein bis zwei Jahre an verschiedenen Universitäten der Schweiz durchgeführt. Wir würden uns freuen, Sie zur Premiere in Zürich begrüßen zu dürfen!

Weitere Informationen finden Sie im Anhang.

Legitimation durch Verfahren. Rezeption, Kritik und Anschlüsse

Veranstalter Universität Luzern

Veranstaltungsort Universität Luzern

Termin 14.02.2018 - 15.02.2018 ganztags

Mit „Legitimation durch Verfahren“ legte Luhmann 1969 eine Analyse des Gerichtsprozesses, der politischen Wahl, der Gesetzgebung und der Verwaltungsentscheidung vor, die in vielen Punkten den damals wie heute gängigen Theorien widersprach. Die Tagung möchte deshalb bei der „unabgeschlossenen“ Rezeption des Werks und dem kritischen Diskurs dar-

über ansetzen. Zudem sollen Themen wie Vulnerabilität und Resilienz, neue Formen alternativer Verfahren sowie die Vor- und Nachbereitung der klassischen Verfahren die von Luhmann angestoßene Forschung weiterführen.

Die Tagung wird am 15. und 16. Februar 2018 an der Universität Luzern stattfinden. Die Beiträge sollen 2019 nach einer Begutachtung in einem Themenheft der Zeitschrift „Soziale Systeme“ publiziert werden. Bei Interesse an einem Tagungsbeitrag schicken Sie bitte Ihr Abstract an Adrian Itschert, sofern eben möglich im Umfang von einer Seite. Der Einsendeschluss ist der 30. September 2017.

Organisatoren:

Dr. Adrian Itschert ([adrian.itschert\(at\)unilu\(dot\)ch](mailto:adrian.itschert@unilu.ch))

Dr. Luca Tratschin

Justus Heck, M.A.

Medien - Kriminalität - Kriminalpolitik

Fachtagung am 19. und 20. Oktober 2017 in Wiesbaden

"Medien - Kriminalität - Kriminalpolitik"

Tagungsleitung: PD Dr. Martin Rettenberger & Prof. Dr. Axel Dessecker

Tagungsort: Friedrich-Naumann-Saal, Schlossplatz 4, 65183 Wiesbaden

Spektakuläre Ereignisse haben ein breites Publikum interessiert, seit Öffentlichkeit in der modernen Gesellschaft entstanden ist. Kriminalfälle sind nicht immer spektakulär, aber sie kommen häufig genug vor, dass immer Material zur Verfügung steht, das in den Publikumsmedien dargestellt werden kann und ein dankbares Publikum findet. Was dargestellt wird und wie es dargestellt wird, folgt journalistischen Interessen.

Zeitungen – gleichgültig ob auf Papier oder auf einem Bildschirm gelesen – verbreiten Berichte und Kommentare in völlig anderer Form als Radiosender oder das Fernsehen. Was auf einer Website dargestellt wird, muss auf der kleinen Anzeige eines mobilen Endgeräts lesbar sein. Was über einen elektronischen Kurznachrichtendienst verschickt wird, muss in höchstens 140 Zeichen formuliert werden. Alle Medien haben ihre Eigengesetzlichkeiten. Und die Reaktionen des Publikums kommen viel schneller und manchmal viel heftiger als erwartet. Kriminalität und der Umgang mit Kriminalität sind zugleich politische Themen. Manchmal entsteht der Eindruck, dass damit Wahlen entschieden werden. Kriminalpolitische Richtungsentscheidungen wie die über das neue Sexualstrafrecht wären nicht in dieser Weise zustande gekommen, hätte es nicht eine Medienöffentlichkeit gegeben, die sich zu diesem Zeitpunkt gerade für dieses Thema interessierte.

Die Fachtagung wird sich mit den sich rapide wandelnden Voraussetzungen journalistischer Arbeit ebenso befassen wie mit der Frage, inwieweit Medien Kriminalpolitik machen. Hinzu kommen Beiträge zu den Folgen medialer Darstellungen etwa für Prozessbeteiligte in Strafverfahren. Nicht zuletzt wird es um Möglichkeiten gehen, Medien im Zusammenhang von Kriminalprävention und Resozialisierung von Straffälligen zu nutzen.

Save the Date: Abschaffung des Rechts? Vierter Kongress der deutschsprachigen Rechtssoziologie-Vereinigungen

Ort: Basel (Schweiz)

Datum: 13.-15. September 2018

Der vierte Kongress der deutschsprachigen Rechtssoziologie-Vereinigungen findet vom 13. – 15. September 2018 in Basel statt. Thema ist die «Abschaffung des Rechts?». Das Generalthema zielt unter anderem auf die rechtliche Bedeutung des bio- und informationstechnologischen Wandels, der Entformalisierung des Rechts, der Migration, der Ausweitung von Notstands- und Sonderrechten sowie der Erstarkung rechtspopulistischer und autoritärer Regime.

Wissenschaftler*innen aller Disziplinen sind eingeladen, ihre empirischen Forschungsergebnisse und theoretischen Perspektiven zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

Die Konferenzsprache ist Deutsch, Vorträge auf Englisch und Französisch sind willkommen.

Der Call for Papers wird Ende Oktober lanciert.

Weitere Informationen sind zu finden auf: <http://www.recht-und-gesellschaft.info/basel2018/index.html>
